

QUARTALSBERICHT

Projektland: Ägypten

Quartal/Jahr: III/2011

SCHLAGZEILEN

1. **Relative Ruhe im Ramadan**
2. **Letzte Demonstranten mit Gewalt entfernt**
3. **Gerichtsprozess gegen Mubarak**
4. **Demonstranten stürmen Israelische Botschaft**
5. **Verlängerung des Ausnahmezustandes bis Mitte 2012**
6. **Al-Azhar ringt um Unabhängigkeit**
7. **Zeitplan für Wahlmarathon steht**
8. **Unübersichtliche Parteienlandschaft bekommt langsam Struktur**

Relative Ruhe im Ramadan

Nach der ereignisreichen ersten Jahreshälfte in Ägypten wurden nicht wenige Ägypter besonders in Kairo der Demonstrationen müde. Viele beschwerten sich über das erhöhte Verkehrsaufkommen, verursacht durch den andauernden Sitzstreik am Tahrir-Platz und wöchentlichen Demonstrationen. Andere beklagten Einkommenseinbußen, weil ihre Geschäfte in der Nähe des Tahrirs an Kundschaft verloren.

Im Fastenmonat Ramadan, der im diesem Jahr auf den heißen Monat August fiel, wurde der Wunsch der Revolutionsmüden nach mehr Ruhe und Ordnung zumindest zum Teil erhört. Am 31. Juli, ein Tag vor Beginn des Ramadan, gaben 26 der derzeit bestehenden Parteien und Protestbewegungen in einer gemeinsamen Erklärung bekannt, dass die Demonstrationen während des Ramadans eingestellt werden. Proteste sollten nach dem Fastenmonat wieder aufgenommen werden, um die noch ausstehenden Forderungen durchzusetzen. Einige Zelte wurden abgebaut und viele der Teilnehmer des wochenlangen Sitzstreiks am Tahrir verließen den Platz.

Letzte Demonstranten mit Gewalt entfernt

Einige hundert blieben jedoch auch nach Beginn des Ramadan auf dem Tahrir Platz, darunter die Familien der in der Revolution umgekommenen „Märtyrer“ und deren Unterstützer.

Daraufhin stürmte das Militär, unterstützt von der Bereitschaftspolizei, ohne Vorwarnung den Platz. Die Demonstranten wurden eingekreist und mit Schlagstöcken gewaltsam vertrieben. Die verbleibenden Zelte wurden zerstört sowie mehrere Personen verhaftet. Laut Augenzeugenberichten wurden hierbei besonders Personen mit Kameras und Fotohandys ins Visier genommen. Im Anschluss an die Aktion wurden Bereitschaftspolizisten und einige Panzer am Tahrir stationiert, um zu verhindern, dass die Demonstranten zurückkehren.

Gerichtsprozess gegen Mubarak

Der Gerichtsprozess gegen Ex-Präsident Mubarak, dessen Söhne, Ex-Innenminister Habib El-Adly und sechs weitere hochrangige Ex-Funktionäre begann während des Ramadan und wurde für einige Sitzungen live im Fernsehen übertragen. Vor dem Gerichtssaal kam es mehrmals zu Zusammenstößen zwischen Mubarakanhängern und –gegnern und der Polizei, was weitere Verhaftungen zur Folge hatte.

Neben Nachweisen von Korruption und schlechter Regierungsführung geht es in dem Gerichtsprozess in erster Linie um den Nachweis der Verantwortung für den Schießbefehl auf friedliche Demonstranten während der Revolution im Januar und Februar dieses Jahres.

Mit einiger Erwartung sah man den Aussagen des früheren Verteidigungsministers und jetzigen Chefs des Militärrates Feldmarschall Tantawi und des Mubarak-Vertrauten Amr Suleiman entgegen. Trotz des offiziellen Publikationsverbots der Zeugenaussagen im Mubarak-Prozess, ist an die Presse gelangt, dass sowohl Tantawi als auch Suleiman alle kritischen Fragen unisono mit der Aussage beantwortet haben, sie wüssten darüber nichts. Tantawi sagte aus, er habe keine Informationen darüber, ob es einen Befehl Mubaraks gab, gewaltsam gegen die Demonstranten vorzugehen. Suleiman soll gesagt haben, dass es nach seinen Informationen weder vom Präsidenten noch vom Innenminister einen Befehl gegeben habe, auf die Demonstranten zu schießen.

Demonstranten stürmen Israelische Botschaft

Der Tod von 6 ägyptischen Grenzpolizisten, die am 18. August vom israelischen Militär an der Grenze zum Sinai nahe dem Badeort Eilat erschossen wurden, hat zur schwersten Krise zwischen Israel und Ägypten seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages von 1979 geführt. Jeden Tag demonstrierten Tausende Ägypter vor der israelischen Botschaft in Kairo und forderten den Abbruch der diplomatischen Beziehung und die Aufkündigung des Friedensvertrages.

Ein junger Demonstrant kletterte die Fassade des Hochhauses hoch, in dem die israelische Botschaft im 12. Stock untergebracht ist, und ersetzte die israelische Fahne mit der ägyptischen. Er wurde von den Massen gefeiert.

Die Aussage des israelischen Verteidigungsminister Ehud Barak: „Israel bedauert den Tod der ägyptischen Polizisten während des Terrorangriffs gegen Israel“

wurde von ägyptischer Seite als nicht ausreichend bezeichnet und man verlangte eine offizielle Entschuldigung der israelischen Regierung, die aber nicht kam.

Anfang September kam es dann zur gewaltsamen Erstürmung der israelischen Botschaft durch ägyptische Demonstranten. Bei der gewaltsamen Durchdringung der Absperrung wurden drei Menschen getötet und mehr als eintausend verletzt. Der Israelische Botschafter verließ noch in derselben Nacht das Land.

Verlängerung des Ausnahmezustandes bis Mitte 2012

Die Bilder von brennenden Reifen vor der Israelischen Botschaft und der aufgebracht skandierenden Menge gingen um die Welt. Der Chef der ägyptischen Übergangsregierung Essam Sharaf bot daraufhin seinen Rücktritt an, den der Militärrat aber ablehnte.

Als Reaktion auf die Erstürmung der Botschaft erklärte der Militärrat die Verlängerung des Ausnahmezustandes bis Mitte nächsten Jahres. Eigentlich wäre der Ausnahmezustand zum 30. September 2011 ausgelaufen und sollte zunächst nicht weiter verlängert werden. Die Beendigung des Ausnahmezustandes, der es ermöglicht Zivilisten ohne Nachweis einer Straftat vor Militärgerichte zu stellen und zu inhaftieren, war und ist eine der zentralsten Forderungen der Demonstranten. Der Zusammenhang dieser beiden Ereignisse, gab auch zu Spekulationen Anlass, dass die Erstürmung der Israelischen Botschaft vom Militärrat gesteuert gewesen sein könnte, um einen Vorwand für die Verlängerung des Ausnahmezustandes zu liefern.

Al-Azhar ringt um Unabhängigkeit

Al-Azhar, die wichtigste Institution des sunnitischen Islam, ist zugleich Universität, Moschee und höchste Autorität in religiösen Fragen. Seit ihrer Gründung im Jahre 970 wurde sie in unterschiedlicher Weise von den jeweiligen Herrschern instrumentalisiert. Unter Mubarak fungierte sie fast vollständig als staatliches Sprachrohr und verlor dadurch stark an Autorität und Glaubwürdigkeit. Mit der Veröffentlichung von zwei einflussreichen Dokumenten beginnt nun auch al-Azhar sich neu zu positionieren und ihre Unabhängigkeit zurückzuerobern. Im Juni gab der Gross-Sheikh Ahmed al-Tayeb in einer viel beachteten Erklärung, dem sog. al-Azhar Dokument, die Position seiner Institution zu 11 wichtigen Aspekten des Landes im Transformationsprozess bekannt, u.a. zur Rolle der Religion in der Verfassung, zur Reform im Bildungssystem, zur Korruptionsbekämpfung, zum Problem der Arbeitslosigkeit und zur Einhaltung internationaler Verträge.

Ob und wie es al-Azhar gelingen wird, eine eigenständige Rolle im neuen Ägypten einzunehmen und welche Funktionen sie im neu zu findenden Verhältnis von Staat und Religion ausüben wird, bleibt mit Spannung abzuwarten.

Zeitplan für Wahlmarathon steht

Mit der Annahme des Referendums im März wurde der Termin für die Parlaments- und Shura Wahlen für September festgelegt. Später wurde dieser vom Militärerrat noch einmal auf November verschoben. Der genaue Termin und Ablauf der verschiedenen Wahlen (Parlaments- und Shurawahlen, Präsidentschaftswahlen, Verfassungsreferendum, Wahl der Lokalparlamente), blieb lange unklar, was wiederum Spekulationen Vorschub leistete der Militärerrat verzögere die Wahlen im eigenen Interesse. Mitte September gab er dann aber endlich das Procedere bekannt. Demnach werden Parlament und Shurarat in jeweils 3 Etappen gewählt, um eine volle richterliche Kontrolle der Wahlen und des Stimmauszählungsvorgangs zu gewährleisten. Der erste Wahntag der Parlamentswahlen ist der 28. November, der zweite der am 14. Dezember und der dritte am 3. Januar. Ende Januar soll die erste Sitzung des neuen Parlaments stattfinden. Darauf folgen die Shurawahlen vom 29. Januar bis Mitte März. Aus beiden Kammern werden 100 Personen bestimmt, die innerhalb von 6 Monaten die neue Verfassung schreiben werden. Diese soll gleich darauf durch ein Referendum bestätigt werden. Sobald die Verfassung in Kraft ist, finden – voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2012 – die Präsidentschaftswahlen statt und darauf die Wahlen der Lokalparlamente.

Nach der Veröffentlichung dieses Zeitplans regte sich einiger Widerstand seitens verschiedener politischer Parteien und Gruppierungen, die einen derartig in die Länge gezogenen Übergangsprozess fürchten und ablehnen. Dieser Widerstand führte vereinzelt bereits zu Ankündigungen einiger Parteien die Wahlen insgesamt zu boykottieren.

Unübersichtliche Parteienlandschaft bekommt langsam Struktur

Im Laufe des Septembers verdoppelte sich die Zahl der registrierten Parteien auf ca. 60. Bis zur Eröffnung des Wahlkampfes für die Parlaments- und Shourawahlen am 12.10.11 werden voraussichtlich noch einmal welche dazukommen, bis die Registrierung am 18.10 abgeschlossen sein soll. Innerhalb dieser Vielzahl von Parteien lassen sich allerdings zunehmend einige große Allianzen erkennen.

Bereits im Juni hatten die Wafd-Partei und die Muslimbruderschaft sowie 41 weitere Parteien eine Allianz (Tahaluf) bekannt gegeben, die sich trotz sehr unterschiedlichem Hintergrund der beiden größten Parteien, säkular-liberal und moderat-islamistisch, v.a. aus dem gemeinsamen Interesse erklärt sich im jeweils anderen Lager wählbar zu machen. 15 weitere säkular-liberale Parteien haben sich im sog. Kutla Masriyya (ägyptischer Block) zusammengeschlossen, weitere 8 Parteien repräsentieren das Lager der ehemaligen NDP. Außerdem gibt es die Jugendkoalition der 25.-Januar Bewegung und die Unabhängigen.

Nina Prasch

Die Autorin ist Leiterin der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Kairo, Ägypten

IMPRESSUM

Erstellt: 10.10.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iz@hss.de | www.hss.de